

Peter Nötzoldt

Die Akademien der Wissenschaften zwischen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft

Wenn man sich mit der Geschichte der Akademien der Wissenschaften beschäftigt, gehören die Publikationen von Conrad Grau zur unverzichtbaren Standardliteratur – für mein Thema vor allem auch jene, die gemeinsam mit Liane Zeil und Wolfgang Schlicker entstanden. Gerade die im Zusammenhang mit dem Berliner Akademiejubiläum im Jahre 2000 vorgelegten zahlreichen neuen Publikationen haben gezeigt, wie sehr die Arbeiten dieser drei Autoren auch bundesweit als Quellen der Akademieforschung genutzt werden; freilich nicht selten ohne Zitierhinweis, aber dafür sehr ausführlich. Ebenso wichtig sind die umfangreichen Monographien und die zahlreichen Aufsätze, die Conrad Grau im letzten Lebensjahrzehnt publizierte.

Conrad Grau hatte das Glück, nach 1990 weiter Forschung zur Geschichte der Akademie im bezahlten Hauptamt betreiben zu können. Die schon von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegründete *Arbeitsstelle Akademiegeschichte* wurde von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften fortgeführt – allerdings nur als Zwei-Personen-Unternehmen – und dann nach Conrad Graus Pensionierung leider aufgelöst. Conrad Grau konnte so nicht nur weiterarbeiten und umfangreich publizieren – er hat sich für diese Möglichkeit bei „seiner Akademie“, die nun Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften hieß, ausdrücklich bedankt –, sondern er konnte auch die eine oder andere Neubewertung früherer Forschungsergebnisse vornehmen, so z. B. zur Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft in der deutschen Wissenschaftslandschaft. Gleichzeitig setzte er sich unermüdlich dafür ein, dass das 300. Jubiläum der Leibnizschen Akademiegründung im Jahre 2000 möglichst langfristig und durch zusätzliche Forschungsanstrengungen vorbereitet wurde – und zwar in beiden Einrichtungen, die sich heute als direkte Nachfolger der Sozietätsgründung von 1700 sehen und denen er gleichzeitig angehörte – der Leibniz-

Sozietät als Mitglied und der Berlin-Brandenburgischen Akademie als Mitarbeiter.

Das Vorgehen der Berlin-Brandenburgischen Akademie, im Vorfeld des Jubiläums mehrere große Konferenzen mit internationaler Beteiligung zu veranstalten, um so zumindest einige Forschungslücken der Akademiegeschichte vom Kaiserreich bis in die 1990er Jahre auszufüllen, basierte ganz wesentlich auf Ideen von Conrad Grau. Dieses Urheberrecht hat er mehrfach betont und dabei zugleich auch recht deutlich gemacht, dass er gerne erst nach dem Jubiläum als Akademiehistoriker im Hauptamt ausgeschieden wäre.

Zwar ging dieser Wunsch nicht in Erfüllung, aber die Berlin-Brandenburgische Akademie berief ihn zum Kooperationspartner in ihre 1997 für die Dauer von vier Jahren eingerichtete Interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ unter der Leitung von Jürgen Kocka. Aus eigenem Erleben weiß ich – und in den Protokollen der Arbeitsgruppe kann man es nachlesen –, dass Conrad Grau einer der aktivsten der Gruppe war und zahlreiche seiner Vorschläge verwirklicht wurden; ebenso, dass ausnahmslos alle Mitglieder der Gruppe sein schier unerschöpfliches Wissen über Akademien außerordentlich schätzten und davon profitierten. Bei allen von der Arbeitsgruppe durchgeführten Konferenzen hat Conrad Grau faktisch Hauptvorträge gehalten und in den drei von der Berlin-Brandenburgischen Akademie zum Akademiejubiläum herausgegebenen Bänden sind umfangreiche Beiträge von ihm enthalten. Lediglich sein Beitrag über die Akademie in der Zeit nach der Akademiereform 1968 ist sehr knapp ausgefallen. Zwar hatte er beim Vortrag 1999 angekündigt, später ein noch umfangreiches Manuskript zu liefern, dies aber vor sich hergeschoben – auch, wie er mir mitteilte, weil er immer weniger Chancen für eine solide Untersuchung des gerade vergangenen und selbst miterlebten Zeitraums sah. Wir konnten schließlich nur das Vortragsmanuskript publizieren. Dass Conrad Grau natürlich auch in der Leibniz-Sozietät führend an der Ausgestaltung des Akademiejubiläums beteiligt war, versteht sich von selbst.

Themen der Hauptvorträge von Conrad Grau zum Akademiejubiläum:

- 1997: „Profildifferenzen und Profildifferenzierungen der Preußischen Akademie und anderer deutscher Wissenschaftler-Gemeinschaften im 19. Jahrhundert“. In: Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich. Hg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther. Berlin 1999, S. 41–59.
- 1998: „Die Preußische Akademie und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918“. In: Die Preußische Akademie der

Wissenschaften zu Berlin 1914–1945. Hg.: Wolfram Fischer unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt. Berlin 2000, S. 279–315.

1999: „Reflexionen über die Akademie der Wissenschaften der DDR 1968–1990“. In: Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990. Hg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther. Berlin 2002, S. 81–90.

2000: „Leibniz und die Folgen – Zur Wirkungsgeschichte des Leibnizschen Akademiekonzepts. Einleitender Beitrag auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät: Akademische Wissenschaft im säkularen Wandel. 300 Jahre Wissenschaft in Berlin.“. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 38 (2000) H. 3, S. 5–26.

Ich hatte das Glück, als Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ recht eng mit Conrad Grau zusammenarbeiten zu können. Wir diskutierten mehrfach die Frage, warum sich die Akademien bei der Ausdifferenzierung des deutschen Wissenschaftssystems in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so sehr an den Rand drängen ließen bzw. warum sie sich selbst dorthin zurückzogen. Anders ausgedrückt: Welche Gestaltungsmöglichkeiten blieben ihnen eigentlich noch im Spannungsfeld von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, die ab 1929 Deutsche Forschungsgemeinschaft hieß?

Ich werde mich auf drei Fragen konzentrieren:

1. Ob wirklich die Chance bestand, dass die Kaiser-Wilhelm-Institute bei der Akademie und nicht neben ihr hätten entstehen können. Dies, weil ich eher die pessimistische Einschätzung Conrad Graus teile als die optimistischere von Hubert Laitko und Bernhard vom Brocke.
2. Auf das Austarieren der Wirkungsfelder der drei Institutionen in der Weimarer Zeit., wobei ich da u. a. einen bisher nicht bekannten Handel zwischen Harnack und Schmidt-Ott vorstellen und gleichzeitig auf die ausgezeichnete Arbeit Conrad Graus zur Boykottpolitik der Akademien verweisen kann.
3. Was mit dem Vorhaben der Gründung einer *Reichsakademie der Wissenschaften* in der NS-Zeit bezweckt war, wozu ich endlich einen Ansatz gefunden zu haben glaube und wobei ich den Rat Conrad Graus besonders vermissen.

1. Forschungsinstitute für die Akademie

Die Gründungsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist gut erforscht. Bernhard vom Brocke und Günter Wendel haben dazu maßgeblich beigetragen.¹ Beide beleuchten auch die Rolle der Preußischen Akademie bei diesem Geschehen; noch ausführlicher taten das Hubert Laitko und Conrad Grau. Laitko betont, dass zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine „reale institutionalgeschichtliche Alternative bestanden hat. Akademieeigene Forschungsinstitute waren weit mehr als ein wirklichkeitsferner utopischer Traum; die PAW war nahe daran, sie zu erlangen, und die Chance entglitt ihr, als sie schon fast mit Händen zu greifen war.“² Auch bei vom Brocke klingt dies an.³ Einer der Hauptbeteiligten sah dies offenbar weniger optimistisch.

Adolf von Harnack hat am 28. Oktober 1912 in einem vertraulichen Brief an den Akademiesekretar Hermann Diels geschrieben: „Die Gesellschaft von vornherein und ausschließlich mit der Akademie der Wissenschaften zu verbinden, lag mir von Anfang an nahe; aber es war nicht zu machen.“ Jedoch sei es für die Zukunft „das Gewiesene, dass sie sich verschmelzen, bez. auf das engste kooperieren.“⁴ Conrad Grau meinte, dass wir beides „wohl bezweifeln dürfen“ und es Harnack offensichtlich darum gegangen sei, Diels zu versöhnen.⁵ Er mag recht haben, denn Harnack hat weder den Gedanken des

- 1 Bernhard vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart 1990, S. 17–162; Günter Wendel: *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft (= Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 4)*. Berlin 1975.
- 2 Hubert Laitko: Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen. In: Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther (Hg.): *Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*. Berlin 1999, S. 167.
- 3 B. vom Brocke: Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900. Ebd., S. 144–146; ders.: Die KWG-/MPG und ihre Institute zwischen Universität und Akademie. In: B. vom Brocke/H. Laitko (Hg.): *Die KWG-/MPG und ihre Institute. Das Harnack-Prinzip*. Berlin, New York 1996, S. 12–14.
- 4 Adolf von Harnack an den Klassensekretar Hermann Diels, Vertraulich und sekret am 28. Oktober 1912. Der Brief ist erstmals vollständig veröffentlicht in: P. Nötzoldt: *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968)*. Phil. Diss. HU zu Berlin, 1998; danach ders. in: Kocka/Hohlfeld/Walther (Hg.), *Königlich Preußische Akademie (wie Anm. 2)*, S. 460–463.
- 5 C. Grau: „... dass die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten“. *Die KWG und die Preuß. Akad. der Wiss. zu Berlin*. In: Eckart Henning (Hg.): *Dahlemer Archivgespräche, Bd. 1*. Berlin 1996, S. 42 f.

Verschmelzens später wieder aufgegriffen, noch kam es zu einer engen Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Akademie. Allerdings änderten sich auch die Gründe nicht, die Harnack 1912 dafür anführte, dass eine ausschließliche Verbindung mit der Akademie nicht möglich erschien.

Zweifellos spielte das Problem der Finanzierung der neuen Institute eine wichtige Rolle, aber es war nicht das Hauptproblem. Bekanntlich galt es damals, die staatliche Forschungsförderung durch eine private zu ergänzen, nach Laitko „eine Kooperation des Staates und kapitalkräftiger Bürger“ zu organisieren und die Anstrengungen zu bündeln.⁶ Wahrscheinlich hätte man die privaten Geldgeber mit dem sanften Druck des Kaisers und den üblichen Auszeichnungen als Gegenleistung bewegen können, auch für ein Staatsinstitut wie die Akademie großzügig zu spenden. Allerdings war Harnack mit Blick auf amerikanische Vorbilder überzeugt, man müsse den Geldgebern „auch Rechte bei der Verwaltung der Kapitalien geben.“ Harnack schien es aber „sehr zweifelhaft [...], ob sich die Akademie überhaupt aus freier Faust darauf einlassen würde, Nicht-Gelehrten irgend welchen Einfluss zu gestatten“. Das Problem sah er vor allem bei der Akademie selbst, die er als ihr Geschichtsschreiber und langjähriges Mitglied wie fast kein anderer kannte:

„Meine Sorge gilt in erster Linie der Akademie der Wissenschaften. Ich sehe da eine gewisse Stagnation gegenüber dem, was die Zeit verlangt. [...] Die Organisation der Akademie stammt aus der Zeit, da Wissenschaft lediglich Sache der Gelehrten war und in gewisser Weise ein Arcanum. Die Akademie, will sie in lebendiger Fühlung mit der neuen Stellung der Wissenschaft bleiben und die Führerrolle behaupten, muss sich erweitern. Allenfalls droht ihr, dass sie auf die Rolle sich selbst beschränkt, die der Senat in der späteren Kaiserzeit Roms hatte. Sie muss auch die angewandten Wissenschaften kommandieren, und sie muss daher auch ein festes Verhältnis zu den Bürgern gewinnen, die sich aus diesem oder jenem Grunde zur Wissenschaft gezogen fühlen bez. die sie für ihre technischen Unternehmungen benutzen und in ihren Fabrik-Laboratorien und sonst bedeutend fördern. Die Akademie muss ins Leben hinein, weil die Wissenschaft heutzutage mitten im Leben steht – ganz anders als noch vor 20 Jahren. Zu diesem Zweck muss sie die grossen Industriellen, die über wissenschaftliche Stäbe in ihren Werken kommandieren, in ihre Mitte aufnehmen und sich ebenso zum Mittelpunkt machen für die zahlreichen wissenschaftlichen Vereine auf dem Gebiete des Geistes (Historische Vereine etc.). Die Royal Society besitzt, wenn ich nicht

6 H. Laitko, Preußische Akademie (wie Anm. 2), S. 167.

irre, 500 Mitglieder. So viele zu haben, daran kann uns nicht gelegen sein; aber 3 – 4 Dutzende mindestens müssten wir haben jener grossen Unternehmungsleiter wie Ballin, Rathenau, James Simon, Arnhold, die Vorsteher der Höchster- und Elberfelder Farb-Werke, Krupp etc. Und nicht nur als verantwortungslose Ehrenmitglieder müssten sie unter uns sein; sondern es müsste eine Organisation gefunden werden, in der sie als Mitglieder in einem weiteren Ausschuss den Fortschritt der Wissenschaft in gewissen Fragen mitzuberraten hätten, entweder in eigener Person oder vertreten durch den besten ihrer wissenschaftlichen Beamten.⁷

Die in der Satzung festgelegte Zahl der Ordentlichen Mitglieder betrug zu dieser Zeit gerade mal 64!

Das Original des Harnack-Briefes dürfte sich im Besitz des Sohnes von Hermann Diels befunden haben. Als Ludwig Diels im Juni 1945 selbst Sekretar an der Akademie wurde, muß der Inhalt des Briefes der Akademie zur Kenntnis gelangt sein. Vom Akademiepräsidenten Johannes Stroux wurde er im August 1945 dem damaligen Leiter der KWG Robert Havemann übergeben und wahrscheinlich auch dem für die Akademie zuständigen Magistratsbeamten Josef Naas. (Auf der ersten Seite der Abschrift befindet sich der Vermerk: z. d. A. Preuss. Akad. der Wissenschaften Na 7/8.) Das Original des Briefes ist vermutlich Ende 1945 verlorengegangen, denn nach dem Tod von Ludwig Diels am 30.11.1945 schrieb dessen Witwe an den Präsidenten der Akademie, daß sie leider alle Papiere an einen Altwarenhändler gegeben hätte. Einzelne Mitglieder der Akademieleitung zitierten in der Folgezeit immer nur Auszüge des Briefes, so Johannes Stroux bei der Wiedereröffnung der Akademie 1946 und Hans Frühauf bei der Gründung der Forschungsgemeinschaft 1957.⁸

Conrad Grau kannte nur einige Passagen des Harnack-Briefes, gleichwohl hat er bereits 1975 und dann immer wieder im Zusammenhang der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft betont, es hätten „das Arbeitsgebiet, die Mitgliedschaft und die Organisation der Berliner Akademie [...] zunächst gründlich geändert werden müssen, wenn sie eine entscheidende Rolle“ in der damaligen Wissenschaftsentwicklung hätte spielen wollen.⁹ Der Akademie

7 Vgl. Brief von Harnack an Diels, Vertraulich und sekret am 28. Oktober 1912 (Anm. 4).

8 J. Stroux: Ansprache des Präsidenten bei der Eröffnungsfeier am 1. August 1946. In: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1956. Berlin 1956, S. 19-23, hier S. 21 f.; H. Frühauf: Vortrag vor Direktoren und Leitern der Institute der Arbeitsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der DAW am 25. Juli 1957. In: Tätigkeitsberichte der Forschungsgemeinschaft 1957/58, Berlin 1959, S. 27 f.

wurde also nichts weggenommen, sondern sie hat sich zu wenig bemüht bzw. sie hielt zu lange am Status quo fest.

Mindestens drei hemmende Faktoren lassen sich aufführen und finden sich auch explizit in Conrad Graus Publikationen:

1. Die konsequente Abgeschlossenheit der Akademie. Sie wirkte als elitäre Bruderschaft, die Außenstehenden kaum Möglichkeiten einer Mitwirkung bot. Nur die Ordentlichen Mitglieder konnten entscheiden, und deren Wahl auf Lebzeiten bei gleichzeitig begrenzter Stellenzahl erlaubte wenig Flexibilität.
2. Das strikte Festhalten an der Parität von Geistes- und Naturwissenschaften in der Akademie. Sie war in der Satzung von 1838 verankert, nachdem 1830 Friedrich Schleiermacher andernfalls mit einer Spaltung der Akademie nach französischem Vorbild gedroht hatte. Auf den gewaltigen Aufschwung der Naturwissenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte die Akademie so nicht reagieren.¹⁰
3. Der im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zum Imperativ erklärte Anti-Utilitarismus in allen deutschen Akademien. Nicht nur die als spekulativ geltenden Disziplinen (wie die Theologie) fanden so keinen Zugang zur Akademie, sondern auch – entgegen der Gründungsintention von Leibniz – die anwendungsorientierten Fächer, also die medizinischen, juristischen, sozialwissenschaftlichen und technischen Disziplinen. Und selbst die existierenden beiden Klassen beschränkten sich nochmals auf ihre theoretischen Kernbereiche: „Was in Paris und London den Ruhm der Naturwissenschaften ausgemacht hatte – nämlich die Aussicht auf ihren praktischen Nutzen – wurde in Deutschland fast zu etwas, wofür man sich entschuldigen musste.“¹¹

Hier lagen die Gründe, weshalb die Preußische Akademie, anders als einige wenige ihrer einflussreichsten Mitglieder, bei den Vorbereitungen zu Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft „so gut wie keine Rolle spielte“.¹² Die

9 C. Grau: Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Teil I: Von den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Berlin 1975, S. 218.

10 C. Grau: Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine deutsche Gelehrten-gesellschaft in drei Jahrhunderten. Heidelberg 1993, S. 148.

11 Lorraine Daston: Die Akademien und die Einheit der Wissenschaften. In: Kocka/Hohlfeld/Walther (Hg.), Königlich Preußische Akademie (wie Anm. 2), S. 71. Wie störrisch sich die Akademie verhalten konnte, demonstrierte sie z. B. bei der schleppenden Besetzung von drei neuen Technikerstellen zur 200-Jahrfeier. Vgl. Wolfgang König: Die Akademie und die Technikwissenschaften. Ein unwillkommenes königliches Geschenk, ebd., S. 389 ff.

12 Laitko, Preußische Akademie (wie Anm. 2), S. 162.

Akademie hat sich faktisch selbst aus dem Rennen geworfen, als sie, nachdem ihr die Pläne 1909 vorgelegt wurden, mitteilte, dass sie nicht die Verantwortung für das Ganze übernehmen würde. Sie beantrage lediglich „ein Protektorat der Akademie über die etwa zur Errichtung kommenden Institute, soweit diese in den Bereich der Akademie fallen würden“.¹³

2. Zum Austarieren der Wirkungsfelder der drei Institutionen in der Weimarer Zeit

Über die zweite erfolgreiche institutionelle Innovation in der deutschen Forschungslandschaft des 20. Jahrhundert, die 1920 gegründete *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*, findet man bei Conrad Grau nur knappe Ausführungen. Das mag an der Arbeitsteilung mit Wolfgang Schlicker gelegen haben, der den Band zur Akademiegeschichte in der Weimarer Zeit federführend bearbeitete. Conrad Grau stellte in seinen Publikationen vor allem den großen Anteil der Akademien bei der Gründung der Notgemeinschaft und deren Unterstützung für die Akademieunternehmungen heraus.¹⁴ Die abermals vertane Chance der Akademien, ihre Position im Wissenschaftsgefüge zu stärken, und die schon bald sichtbare Konkurrenz der sich als „Großakademie“¹⁵ fühlenden Notgemeinschaft (ab 1929 *Deutschen Forschungsgemeinschaft*) thematisierte er nicht. Dafür wissen wir aus seinen Arbeiten sehr genau, wo die deutschen Akademien in der Zwischenkriegszeit einen Großteil ihrer Energie konzentrierten: Nahezu alle Probleme, selbst die wissenschaftlichen Fragen, wurden im Kartell der Akademien – dem losen Zusammenschluss aller fünf deutschen und der Wiener Akademie – „schliesslich ganz verdrängt von den Diskussionen über Zutritt oder Nichtzutritt zu Entente-Organisationen, die noch dazu nie zu einem klaren Ja oder Nein führten, vielmehr einen Stand der Frage zeitigten, der einem Verrinnen im Sande sehr ähnlich ist.“ Die Diskussionen im Kartell erwiesen sich zudem als Sackgasse, denn die Wiederherstellung der internationalen Wissenschaftskontakte

13 Werner Hartkopf/Gert Wangermann (Hg.): *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990*. Heidelberg, Berlin, New York 1991, S. 292.

14 Grau, *Preußische Akademie* (wie Anm. 10), S. 218 f., 226; C. Grau/Wolfgang Schlicker/Liane Zeil: *Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, T. III: Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945*. Berlin 1979, S. 33 f.

15 Friedrich Schmidt-Ott: *Zusammenfassung und planmäßige Finanzierung in der staatlichen Förderung der deutschen Kulturaufgaben*. Sonderdruck aus: Walter Adamez/Herbert Conrad/Friedrich Raab (Hg.): *Reich und Länder*, S. 3. Die Akademie erhielt diesen Sonderdruck vom Verfasser am 22. April 1929. AAW Berlin, II-XIV, 33.

erfolgte in der Realität bereits auf ganz anderen Ebenen: durch die einzelnen Wissenschaftler, durch die Fachverbände und auch durch die beiden neuen Institutionen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Wie isoliert die Akademien handelten und wie groß die Gefahr war, auch ihre angestammten Rechte bei der offiziellen Vertretung der deutschen Wissenschaft im Ausland zu verlieren, hätte ihnen spätestens auf-fallen müssen, als 1927 das Auswärtige Amt damit drohte, „es würden eventuelle Verhandlungen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder mit der Notgemeinschaft betreffend der Wahl von Delegierten [in den Internationalen Forschungsrat] in Aussicht genommen“.¹⁶

Wie erwähnt, waren die Akademien bei der Gründung der Notgemein-schaft führend beteiligt. Wie schon bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, scheuten sie aber die Übernahme der Gesamtverantwortung.¹⁷ Anders als im Falle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sicherten sie sich jedoch einen großen Einfluss in der Neugründung: Bei zehn der zwanzig Fachausschüsse der Not-gemeinschaft – zumindest theoretisch wichtig für die Verteilung der Förder-mittel – besaßen die Akademien das Vorschlagsrecht der Erstbesetzung, alle Spitzenpositionen der Gemeinschaft lagen in den Händen von Mitgliedern der Preußischen bzw. der Bayerischen Akademie und für die Vorhaben der Akademien stellte die Notgemeinschaft faktisch ohne das übliche Antrags-verfahren beträchtliche Mittel zur Verfügung. Für die Kaiser-Wilhelm-Ge-sellschaft sicherte deren Präsident Adolf von Harnack als gleichzeitiger Vorsitzender des Hauptausschusses der Notgemeinschaft Sonderbedingun-

16 Vgl. C. Grau: Die Preußische Akademie und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918. In: Wolfram Fischer unter Mitarbeit von Rainer Hohl-feld und Peter Nötzoldt (Hg.): Die Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945. Berlin 2000, S. 279–315, Zit. S. 307 und 304; ders.: Die Wissenschaftsakade-mien in der deutschen Gesellschaft: Das ‚Kartell‘ von 1893 bis 1940. In: Christoph Scriba (Hg.), Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (= Acta Historica Leopoldina Nr. 22). Leipzig 1995, S. 31–56.

17 Vgl. dazu und zu den folgenden Ausführungen: Kurt Zierold: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar. Wiesbaden 1968; W. Schlicker, Die Berliner Akademie, 1979 (wie Anm. 14); zuletzt Ulrich Marsch: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920–1925. Frankfurt/Main 1994; Jochen Kirchoff: Die forschungspolitischen Schwer-punktlegungen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1925–1929 im transatlantischen Kontext. In: Rüdiger vom Bruch/Eckart Henning (Hg.): Wissenschaftsfördernde Institutionen im Deutschland des 20. Jahrhunderts (= Dahlemer Archivgespräche, 5). Berlin 1999, S. 70–86; P. Nötzoldt: Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung. In: W. Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt (Hg.), Preu-Bische Akademie 1914–1945 (wie Anm. 16), S. 237–277,

gen. Das dürfte auch gut funktioniert haben, denn Friedrich Glum hob schon 1922 hervor, dass es Harnack von Anbeginn gelungen sei, „von der Notgemeinschaft für seine K.W.G. wie für seinen Bibliotheksausschuss große Beiträge“ zu erhalten.¹⁸ Harnack war zwar nicht der Vorsitzende des Bibliotheksausschusses der Notgemeinschaft. Dieses Amt lag in zuverlässigen und treuen Händen bei seinen Nachfolgern als Generaldirektoren der Preußischen Staatsbibliothek: von 1921 bis 1925 Fritz Milkau und danach Hugo Krüss. Harnack und sein „gar rührige[r] Generalsekretär“ haben es aber auch in den folgenden Jahren verstanden, „ihre Forderungen auf Kosten der übrigen Arbeiten der NG durch[zu]setzen“, resümierte gut ein Jahrzehnt später Friedrich von Müller (bis 1929 Harnacks Stellvertreter im Hauptausschuss der Notgemeinschaft und danach selbst Vorsitzender).¹⁹

Die Akademien und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sahen jedoch in der Notgemeinschaft nur ein Provisorium, das sicher wieder verschwinden würde. Gleichwohl ebnete die Preußische Akademie den wohl entscheidenden Weg dafür, dass aus dem Provisorium der Notzeit eine feste Institution wurde. Das gelang, weil die Notgemeinschaft den Schritt von einer weitgehend passiven Forschungsförderung (= Bewilligung von gestellten Anträgen) zu einer aktiven Förderpolitik auf von ihr festgelegten Schwerpunktgebieten wagte.²⁰ Der Paradigmenwechsel war den Zeitgenossen wohl bewusst und wurde deutlich formuliert: „Nicht nur an den ärmsten und dürfügsten, sondern gerade auch an den leistungsfähigsten Stellen sind die Mittel der Notgemeinschaft anzusetzen, um Höchstleistungen der deutschen Wissenschaft zu sichern und die Lösung singulärer gemeindeutscher Forschungsaufgaben zu ermöglichen, deren hoher Mittelbedarf durch die Länder und deren Einrichtungen nicht aufgebracht werden kann und die teilweise auch in ihrer Art und Bedeutung über das einzelne Land weit hinausgreifen.“²¹ Die Schwerpunktforschung kam 1924/25 jedoch erst auf die Agenda der Notgemeinschaft, nachdem die Akademien unmissverständlich erklärt hatten, dass sie keinesfalls bereit waren, für solche Gebiete Verantwortung zu übernehmen, und

18 Friedrich Glum, zit. nach Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie. München 1998, S. 554.

19 Friedrich v. Müller an Friedrich Schmidt-Ott am 1.8.1933, GPSTA, Nachlaß Schmidt-Ott, Nr. 3.

20 Die 1925 verbreitete Denkschrift über die Forschungsaufgaben der Notgemeinschaft im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles von Friedrich Schmidt-Ott mit einer umfangreichen Anlage Fritz Habers ist veröffentlicht in: Zierold, Forschungsförderung (wie Anm. 17), S. 576-586.

21 Karl Griewank: Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich. Freiburg i. Br. 1927, S. 55 f.

nachdem ein *modus vivendi* mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gefunden war. Als am 9. Januar 1925 Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft tagten, stand als letzter Punkt auf der Tagesordnung „Organisation von Forschungsaufgaben“. Schmidt-Ott begründete die Notwendigkeit einer aktiven Förderpolitik der Notgemeinschaft auf Schwerpunktgebieten und nannte als Vorbild für die Umsetzung den 1916 in den USA gegründeten National Research Council. Vorgeschlagen wurde, „durch eine ‚Kommission für Forschungsaufgaben‘ notwendige Forschungen auf dem Gebiet der Volksgesundheit, der Wirtschaft und der allgemeinen Wohlfahrt zu fördern. [...] Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass im Kriege Wissenschaft und Wirtschaft im Dienste vaterländischer Aufgaben wetteiferten, während seitdem auf den meisten Gebieten jede Organisation fehlt. Soweit hier durch Gründung von Forschungsinstituten geholfen werden kann, ist die KWG als Trägerin dieser Bestrebungen berufen. Aber daneben bleibt noch ein weites Gebiet von Aufgaben, das von ihr nicht erfasst werden kann.“²²

Die Preußische Akademie hatte den Weg frei gemacht, als sie 1922 die von der Technischen Hochschule Charlottenburg beantragte²³, dann vom Reichsbund Deutscher Technik²⁴ und vom Preußischen Kultusministerium unterstützte Einrichtung einer Technischen Klasse endgültig ablehnte. Sie bat den Minister, „dass ihr eine wesensfremde Erweiterung, die ihre Wirksamkeit lähmen müsste, erspart bleibt“. Die Einfügung „eines solchen Fremdkörpers wird die bisherige segensreiche Einheitlichkeit unserer Arbeit unfehlbar zersprengen“. Die Bedeutung der Technik für das „Volkswohl“ erkenne man zwar an, aber das gelte auch für andere Disziplinen. Mit dem gleichen Recht könne schließlich auch eine land- und forstwirtschaftliche, eine medizinische, eine staatswissenschaftliche oder eine juristische Klasse gefordert werden.²⁵ Bereits kurze Zeit später war dann erstmals in einer Denkschrift der Notgemeinschaft zu lesen: „Statt der Förderung der Einzelforschung tritt immer

22 Bundesarchiv Koblenz, R 73 Nr. 89.

23 Eingabe der TH (später Berlin-)Charlottenburg an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 24.10.1919. GPStA, Berlin-Dahlem, Rep. 76 Vc, Sekt 2 Til. XXIII Lit F, Nr. 1, Bd. 12, Bl. 68f.

24 Eingabe des Reichsbundes Deutscher Technik an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 21.11.1921. GPStA, Berlin-Dahlem, Rep. 76 Vc, Sekt 2 Til. XXIII Lit F, Nr. 1, Bd. 12, Bl. 253 ff. Künftig sollten in der Akademie vertreten sein z. B. Schiffbau; Luftschiffahrt; anorganische Chemie und Hüttenkunde; organische Chemie, Farbstoffe und medizinische Präparate; krafterzeugende Maschinen; landwirtschaftliche Technik.

25 Gutachten der Preußischen Akademie zum Antrag auf Einrichtung einer technischen Klasse vom 24.01.1922. GPStA Berlin-Dahlem, Rep. 76 Vc, Sekt 2 Til. XXIII Lit F, Nr. 1, Bd. 12, Bl. 250 ff.

mehr die Beschränkung auf große Forschungsunternehmungen, namentlich auf neue Probleme, und die Erhaltung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Vordergrund.“²⁶ Vergleicht man jene Gebiete, die die Technische Hochschule und der Reichsbund Deutscher Technik gerne in die Akademie gebracht hätten, ist die weitgehende Übereinstimmung mit der späteren Schwerpunktsetzung der Notgemeinschaft unübersehbar.

Das grüne Licht von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für die Ausweitung der Tätigkeit zu bekommen, war komplizierter. Der Präsident der Notgemeinschaft, Friedrich Schmidt-Ott, versuchte zuerst den Direktor des Deutschen Museums in München, Oskar von Miller, für sein Vorhaben zu gewinnen, legte den entscheidenden Brief aber zunächst Harnack vor. Der äußerte sich nicht nur insgesamt sehr skeptisch bis ablehnend zum Vorhaben, sondern er schrieb auch die aus der Sicht des Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft notwendigen Änderungen präzise handschriftlich an den Briefrand. Schmidt-Ott hat fast alle Anmerkungen Harnacks übernommen und dann am 16. September 1924 den geänderten Brief an Miller abgesandt.²⁷ Harnacks prinzipielle Meinung – und er war ja nicht nur Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, sondern auch Vorsitzender des Hauptausschusses der Notgemeinschaft – verdeutlicht sein Antwortschreiben an den Präsidenten der Notgemeinschaft:

Harnack am 11. September 1924 an Schmidt-Ott:

Hochverehrte Exzellenz,

Anbei meine Zusatz-Vorschläge zu Ihrem Schreiben an Miller, bei denen ich es vermieden habe, irgend einen Satz in Ihrer Darlegung zu streichen. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass es im gegenwärtigen Zeitpunkt und im Hinblick auf das reduzierte Gelehrten-Material, das zur eventuellen Verfügung steht, sehr schwer fallen wird, etwas Generelles von Bedeutung zustande zu bringen, und ebenso kann ich die Befürchtung nicht unterdrücken, dass, wenn etwas zu Stande kommt, der Eindruck entstehen

26 Denkschrift = Beilage I zur Anlage V des Reichshaushalts 1922.

27 Der erste Brief Friedrich Schmidt-Otts an Oskar von Miller vom 9. September 1924 befindet sich im Nachlass Schmidt-Otts, GPStA Berlin-Dahlem, Rep. 92, NL Schmidt-Ott, Nr. D 3. Eine Kopie dieses Briefes mit den ausführlichen handschriftlichen Bemerkungen von Adolf von Harnack und das Antwortschreiben Harnacks an Schmidt-Ott vom 11. September 1924 besitzt das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, 1. Abt., Rep. 1A, Nr. 919. Dort befindet sich ebenfalls eine Kopie des endgültigen Schreibens Schmidt-Otts an Miller vom 13. September, das Harnack am 14. abzeichnete und das Schmidt-Ott dann am 16. September endgültig abschickte. Das Original dieses Briefes liegt im Archiv des Deutschen Museums in München, VA Nr. 276.

wird, es solle ein Parallelunternehmen zur KWG geschaffen werden mit einem süddeutschen, d. h. bayerischen, Schwerpunkt. Indessen kann ich mich in jener Meinung und in dieser Befürchtung täuschen, und da Sie so großen Wert darauf legen, *jetzt* etwas seitens der Notgemeinschaft in größerem Stil zu unternehmen, und gewiss die Interessen der KWG im Auge behalten werden, mag die Sache ihren Lauf nehmen.

Was die KWG anlangt, so stehen unseren Urteilen, dass Manches hinter unseren Wünschen zurückgeblieben ist, die Tatsachen gegenüber, (1) dass die Gesellschaft im Krieg und nach dem Krieg 14 neue Unternehmungen gegründet hat und Jahr um Jahr noch gründet, (2) dass sie Ansehen und Vertrauen bei den Regierungen und im Publikum genießt und auch im Ausland hochgeachtet ist und (3) dass man ihre Konstruktion in Deutschland nicht wiederholen kann, die ihr neben der Festigkeit eine große Elastizität gibt in Bezug sowohl auf ihre Ausbreitungsmöglichkeit (Ich plane jetzt an die „Städte“ heranzutreten)²⁸, wie auch auf die Art ihrer wissenschaftlichen Unternehmungen und Unterstützungen. Dies verpflichtet uns, dieses herrliche und zukunftsreiche Instrument auf alle Weise kräftig zu erhalten und zu schützen. So gewiss Sie in dieser Beurteilung mit mir *eines* Sinnes sind, so verständlich ist es, dass Sie der großen Schöpfung der „Notgemeinschaft“, die in noch ausschließlicherem Sinn Ihr Werk ist als die KWG, die größtmögliche Ausdehnung zum Segen der Wissenschaft und des Vaterlandes zu geben bestrebt sind. Mit Freude sehe ich das, aber Sie werden es mir gewiss nicht verübeln, wenn ich, nicht als Spielverderber, sondern aus dem uns gemeinsamen Interesse für die KWG auf Collisionsgefahren aufmerksam mache, die entstehen können. Die Notgemeinschaft wird hoffentlich noch lange ihre Aufgaben zu erfüllen im Stande sein; aber einmal wird sie aufhören – Die KWG aber soll und wird ein *bleibendes* Werk in unserem Vaterlande sein. Die ursprünglichen Zweifel und Widerstände der Akademien und Hochschulen sind wesentlich überwunden; daher kann man der Gesellschaft trotz der mageren Jahre der Wissenschaft, in denen wir uns befinden, ein günstiges Prognostiko stellen, wenn wir unsere Pflicht tun.

In herzlicher Verehrung Ihr v. Harnack

28 Friedrich Schmidt-Ott beachtete in der Tat auch diesen Hinweis. Als Prälat Georg Schreiber 1925/26 vorschlug, die kommunalen Verbände für die Arbeiten der Notgemeinschaft zu interessieren und als Finanzquelle zu nutzen, lehnte er dies mit der Begründung ab, die KWG würde dies „als unliebsame Konkurrenz empfinden.“ Bundesarchiv Koblenz, R 73, Nr. 70.

Für Harnack hatte offensichtlich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft absolute Priorität. (An seine 1912 geäußerten Pläne, die Gesellschaft mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu verschmelzen, dachte er vermutlich schon lange nicht mehr!) In den Kaiser-Wilhelm-Instituten sollte das reduzierte Gelehrten-Potenzial eingesetzt werden. Keinesfalls wollte er Konkurrenz zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zulassen; schon gar nicht durch ein Parallelunternehmen mit einem süddeutschen, d. h. bayerischen Schwerpunkt, zu dem sich die Notgemeinschaft entwickeln könne. Schmidt-Otts unscharfe Formulierungen im Brief an Miller, die auch Forschungsinstitute der Notgemeinschaft nicht ausschloss, ersetzte er durch: „Soweit hier durch die Gründung von Forschungsinstituten geholfen werden kann, ist die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, als Trägerin dieser Bestrebungen, berufen und die Notgemeinschaft wird ihrerseits die Unternehmungen dieser Gesellschaft gern unterstützen.“ Damit waren die Zuständigkeiten geklärt.

Die Akademien erwachten erst aus ihrem Dornröschen-Schlaf, als aus dem „Provisorium Notgemeinschaft“ – so noch 1929 in einer nicht veröffentlichten Denkschrift an das Preußische Kultusministerium – 1929 offiziell die Deutsche Forschungsgemeinschaft wurde und ihre Privilegien bei der Förderung der Akademienvorhaben in Gefahr schienen. Für ihre großen Editions-vorhaben erhielten die Akademien seit der Gründung der Notgemeinschaft jährlich faktisch automatisch große Summen. 1929 geriet ihr Einfluss gleich doppelt in Gefahr: Erstens verloren sie im vergrößerten Hauptausschuss an Gewicht und zweitens wurde durch die Kürzung der Mittel des Verlagsaus-schusses genau der Topf wesentlich reduziert, aus dem sie bisher schöpfen konnten. Eine zusätzliche Begutachtung ihrer eigenen Anträge für neue Mittel durch „wissenschaftliche Obergutachten“ lehnten sie allerdings auch konsequent ab.²⁹ Nun sah sich das Kartell „in einen unerfreulichen Gegensatz“ zur Notgemeinschaft gekommen³⁰ und die Berliner Akademie unternahm sehr ernsthafte Anstrengungen, einige ihr wichtige Aufgaben der Notgemein-schaft in ihre Verantwortung zu bringen.³¹ Dabei war sie allerdings ebenso wenig erfolgreich wie bei ihrem Vorstoß von 1930 mit einer *Denkschrift über die Erweiterung ihrer Tätigkeit*.

29 Zahlenangaben hierzu bei Zierold (wie Anm. 17), S. 83. Vgl. Korrespondenz des Kartells Dezember 1929, AAW Heidelberg.

30 Protokoll der Kartelltagung vom 25. April 1930 in München (Auszug), II. Verhältnis der Akademien zur Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 88.

31 In der Öffentlichkeit setzte sich die PAW für den Erhalt der Notgemeinschaft ein = Denkschrift an den Reichstag Mai 1929. Intern bot sie sich an, die „unentbehrlichen Funktionen“ der Notgemeinschaft selbst zu übernehmen = Denkschrift an das Preußische Kultusministerium Juni 1929. Dazu ausführlich Nötzoldt, Strategien (wie Anm. 17), S. 245–248.

In dieser Denkschrift wurde sowohl die Angliederung bereits bestehender Institute an die Akademie als auch die Gründung einiger neuer unter ihrer Obhut gefordert. Fünf Institute sollten aus bestehenden Kommissionen gebildet, zwei, maximal fünf „ältere isolierte“ preußische wissenschaftliche Institute angegliedert und ein Institut neu gegründet werden.³² Angesichts der hoffnungslosen Unterlegenheit in der naturwissenschaftlichen Forschung gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zielte die Denkschrift der Akademie von 1930 im Grunde auf einen Ausbau des vorhandenen geisteswissenschaftlichen Potentials an der Akademie und dessen feste Verankerung in Instituten, quasi als eine Art *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für die Geisteswissenschaften*. Besonders zielstrebig verfolgte die Akademie diese Vorstellungen jedoch nicht, und auch die Zeitumstände waren eher ungünstig. Die Wünsche der Akademie verdienen allerdings durchaus „als Ausdruck ihres Nachdenkens über die Erweiterung ihrer Forschungstätigkeit Beachtung“, wie Conrad Grau recht zurückhaltend formulierte.³³

3. Das Projekt Reichsakademie der Wissenschaften

Während der NS-Zeit wurden die „wissenschafts- und gesellschaftspolitisch austarierten Steuerungs- und Konfliktausgleichssysteme ausgehebelte bzw. im Interesse des NS-Systems instrumentalisiert“.³⁴ Das gewachsene Wissenschaftssystem mit seiner institutionellen Vielfalt und Offenheit und einer weitgehenden Selbstverwaltung kollidierte grundsätzlich mit den NS-Interessen, ebenso die wechselseitigen Zuständigkeiten für Wissenschaftsfragen von Ländern und Reich. Im Mai 1934 entstand in Berlin neben dem Preußischen Kultusministerium, jedoch in weitgehender Personalunion mit diesem, ein Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Dieses Reichsministerium (bekannt als Reichserziehungsministerium) strebte ein neues, klar strukturiertes Wissenschaftssystem an, das zwar nur bruchstückhaft verwirklicht, aber nie aus den Augen verloren wurde.³⁵

32 Denkschrift von Juni 1930 an das preußische Kultusministerium in: AAW Berlin, Bestand PAW, II–V, 102, S. 4, 15ff.

33 C. Grau, Preußische Akademie (wie Anm. 10), S. 229.

34 vom Bruch, Wissenschaftsfördernde Institutionen (wie Anm. 17), S. 9.

35 Hierzu ausführlich Grau/Schlicker/Zeil, Jahre der faschistischen Diktatur (wie Anm. 14); Herbert Mertens: Wissenschaftspolitik im NS-Staat – Strukturen und regionalgeschichtliche Aspekte. In: Wolfram Fischer/ Klaus Hierholzer/Michael Hubenstorff/Peter Th. Walther/Rolf Winau (Hg.): Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Berlin, New York 1994, S. 245–266; Notker Hammerstein: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945. München 1999; und kurz: Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt: Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur. In: Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt (Hg.), Preußische Akademie (wie Anm. 16), S. 517–566.

Die von der Notgemeinschaft/Deutschen Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Zeit (mit)besetzten Felder erhielten dabei von Anfang an eine neue Zuordnung: für die Schwerpunktforschung sollte ein Forschungsrat zuständig sein und für die Auslandsbeziehungen allein die Akademien. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft mutierte schließlich – zwischen 1934 und 1936 durch ihren neuen Präsidenten Johannes Stark schon stark diskreditiert – mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Rudolf Mentzel 1936 zu einer Forschungsabteilung des Reichserziehungsministeriums. Solche Bestrebungen gab es allerdings auch schon früher. Sie wurden immer mit dem Prinzip der Selbstverwaltung abgewiesen. Dieses Etikett wirkte nun aber nicht mehr. Wäre die Forschungsgemeinschaft wirklich ein Selbstverwaltungsorgan gewesen, hätte sie allerdings schwer ins Konzept des Reichserziehungsministeriums gepasst. Eine Selbstverwaltung à la Schmidt-Ott mit dem Schwerpunkt effizienter Verwaltung der Forschungsförderung – eher „ein Lehrstück stiller Machtübernahme durch eine autoritäre Führung und ihre Bürokratie“³⁶ – war für den Aufgabenkanon des neuen Reichserziehungsministeriums jedoch geradezu prädestiniert.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nahm zunächst eine gewisse Sonderstellung ein; nicht zuletzt, weil sie ja noch als privater Verein galt, aber auch, weil sie mit dem Militär kooperierte. Trotzdem: „Das Konzept der ‚Selbstgleichschaltung‘ unter Beibehaltung größtmöglicher Freiräume für eigene Entscheidungen mündete 1937 in eine ‚Gleichschaltung‘ nach vorgegebenem NS-Muster und öffnete damit die Gesellschaft endgültig dem Einfluß der Staatsmacht.“³⁷

Mit der Gleichschaltung der Akademien ließen sich die neuen Machthaber am längsten Zeit. Der Höhepunkt der direkten Einflussnahme des Reichserziehungsministeriums auf die Berliner Akademie war zweifellos das Oktroyieren einer neuen Akademieleitung Ende 1938. Mit dem Präsidenten Theodor Vahlen, dem Vizepräsidenten Ernst Heymann und den Sekretaren Ludwig Bieberbach und Hermann Grapow installierte das Ministerium faktisch im Handstreich eine fast gänzlich aus NS-Aktivisten bestehende Akademieführung. Rust ernannte Vahlen und Heymann am 23. Dezember 1938, der Islamwissenschaftler Helmut Scheel, schon längere Zeit in Verwaltungseinrichtungen tätig und NSDA-Mitglied, wurde am 24. Dezember zum Direktor bei der Akademie und zum Professor bestellt, Bieberbach für die Physika-

36 Szöllösi-Janze, Haber (wie Anm. 18), S. 542.

37 So das Fazit von Helmuth Albrecht und Armin Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945). In: Vierhaus/vom Brocke, Forschung im Spannungsfeld (wie Anm. 1), S. 386.

lisch-mathematische Klasse und Grapow für die Philosophisch-historische Klasse am 10. Januar 1939 als Sekretare bestätigt. Lediglich Heymann war nicht Mitglied der NSDAP.³⁸ Danach rückten für eine kurze Zeit die Akademien sogar ins Zentrum der Wissenschaftspolitik des Reichserziehungsministeriums.

Zunächst wurde 1939 bestimmt, dass künftig die Berliner Akademie „ständiger Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der deutschen Akademien“ sei.³⁹ Bisher hatte der Sitz der geschäftsführenden Akademie, der sogenannte Vorort, jährlich gewechselt. Ab dem Spätsommer 1940 sollte dann eine neue Institution geschaffen werden; eine „Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft“. Als ersten Schritt bat Theodor Vahlen den Reichsminister, „den Reichsverband zur Reichsakademie zu erheben, um damit eine seit langem eingeleitete Entwicklung zum Abschluss zu bringen“. Mit der seit langem eingeleiteten Entwicklung sind auch die bereits 1934 einsetzenden Versuche zur Gründung einer *Reichsakademie der Deutschen Forschung* gemeint. Deren Präsidentschaft sollte erst der „Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“ (Satzungsentwurf vom Februar 1935), dann der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust (Satzungsentwurf Juli 1936) übernehmen. Theodor Vahlen war an diesen Bemühungen als Amtschef Wissenschaft des Reichserziehungsministeriums ab 1934 maßgeblich beteiligt. Ihr Hauptergebnis war allerdings die Gründung des *Reichsforschungsrates* im März 1937. Über die den alten Akademien in diesem Projekt bis 1937 zugeordnete Stellung ist wenig bekannt.⁴⁰

Die Forschung hat sich bisher kaum für den Gründungsversuch einer Reichsakademie interessiert. Lediglich in Betrachtungen zur Akademiegeschichte wurde die Reichsakademie als Randproblem behandelt – so auch von Conrad Grau⁴¹ – und in der letzten Zeit diente sie gelegentlich als

38 Vgl. Grau/Schlicker/Zeil (wie Anm. 14), S. 61–73; P. Th. Walther: 'Arisierung', Nazifizierung und Militarisierung. Die Akademie im Dritten Reich. In: Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt (Hg.), Preußische Akademie 1914–1945 (wie Anm. 16), S. 91–117; Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt, Berliner Akademie (wie Anm. 35), S. 555–557.

39 Schreiben Theodor Vahlens in AAW Wien, I–157, Vorgang in AAW Berlin, Bestand PAW, II–XII, 11, Bl. 10, 18, sowie Mitteilung im Protokoll der Gesamtsitzung am 25. Mai 1939.

40 Vgl. zu den Vorstufen: BA/Berlin, R 21, 10998; zur Gründung und zum Ausbau: Hammerstein, Deutsche Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 35), S. 205 ff. Zu den Beziehungen zwischen dem Reichsforschungsrat und der Berliner Akademie vgl. Grau/Schlicker/Zeil (wie Anm. 14) S. 27, 38 ff. und 105 ff. Zitat: AAW Berlin, Bestand PAW, II–XII, 11, Bl. 5. Der letzte Satzteil im Zitat wurde im abgeschickten Telegramm ersetzt durch: und mit der Abfassung eines Satzungsentwurfs zu betrauen.

41 Grau/Schlicker/Zeil (wie Anm. 14) S. 101 f. und zuletzt Nötzoldt, Strategien (wie Anm. 17), S. 259–270.

Schreckensszenario, wenn auch nur der Gedanke einer Nationalakademie auftauchte.⁴²

War die geplante Reichsakademie der Wissenschaften aber überhaupt eine Akademie, wie man sie in Deutschland kannte und heute kennt? Die vielen Gründungskonzeptionen zeigen: Sie war es ebenso wenig wie die bereits 1934 vom Reichserziehungsministerium vorgeschlagene Reichsakademie der Forschung. Während die Reichsakademie der Forschung weitgehend dem Modell des italienischen Forschungsrates entsprach⁴³ (allerdings ohne Einbeziehung der Wirtschaft), ähnelte die Reichsakademie der Wissenschaften am ehesten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in der Zeit nach der Einführung der Schwerpunktförderung (allerdings nun unter strengem Kuratel des Reichserziehungsministeriums und ohne jede Spur von Selbstverwaltung, die freilich auch früher unter Schmidt-Ott nicht so sehr ausgeprägt gewesen war).

Der Name Reichsakademie der Wissenschaften diente eher als Etikett – nicht einmal die sonst obligate Gelehrtenegesellschaft war vorgesehen. Er schien notwendig, weil durch die Institution auch die Vertretung der deutschen Wissenschaft nach außen wahrgenommen werden sollte. Eine solche Kombination von Forschungsförderung und Wissenschaftsrepräsentation hatte schon Friedrich Schmidt-Ott vorgeschwebt, als er 1929 von der Notgemeinschaft als „Großakademie“ sprach.⁴⁴ Ermuntert zu diesem Vergleich könnte ihn seine zweite Reise in die Sowjetunion 1928 haben. Er gewann die Überzeugung, dass „die russische Akademie der Wissenschaften die [...] Notgemeinschaft zum Vorbild eigenen Wissenschaftsaufschwunges zu nehmen hoffte.“⁴⁵ Der Urheber dieses Vergleiches war allerdings nicht Schmidt-Ott, sondern der Rechtsgelehrte Ernst Heymann. Heymann hat diesen Vergleich am 1. Dezember 1928 angestellt, als nach der Hauptversammlung der Notgemeinschaft in Dresden auf einem Krisengipfel Vertreter der Gemeinschaft, des Reichsinnenministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der Kultusministerien der Länder über die Zukunft der Notgemeinschaft debat-

42 Zuletzt: Horst Fuhrmann: Die Frage einer deutschen Nationalakademie. In: Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften / Bayerische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Die deutschen Akademien der Wissenschaften: Aufgaben, Herausforderungen, Perspektiven. Stuttgart 2001, S. 175–187.

43 Friedrich Glum: Der italienische nationale Forschungsrat, 1929, BAK, NL Glum.1457/21.

44 Friedrich Schmidt-Ott: Zusammenfassung und planmäßige Finanzierung in der staatlichen Förderung der deutschen Kulturaufgaben. In: Reich und Länder, Sonderdruck von Schmidt-Ott am 22. April 1929 der PAW übergeben, AAW Berlin, Bestand PAW, II–XIV, 33, Bl. 24/3.

45 Friedrich Schmidt-Ott: Erlebtes und Erstrebtes. 1860–1950. Wiesbaden 1952, S. 227.

tierten.⁴⁶ Er kannte die Möglichkeiten der Notgemeinschaft (Vorsitzender des Verlagsausschusses 1925-1934) ebenso wie die der Akademien (Sekretar bzw. Vizepräsident der Berliner Akademie von 1926-1942). Und auch in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft kannte er sich bestens aus, u. a. als Senator und als Institutsdirektor. Ab 1940 entwickelte Heymann gemeinsam mit Mentzel ein Konzept für eine Reichsakademie der Wissenschaften. Das Vorhaben wurde zunächst intensiv vorangetrieben und dann 1942 auf die Zeit nach dem Krieg verschoben.

Es gibt eine Vielzahl von Belegen dafür, dass die Reichsakademie der Wissenschaften weitgehend eine Wiederbelebung des Modells der alten Notgemeinschaft war, und es lassen sich auch Gründe nennen, warum der Wiederbelebungsversuch gerade zu dieser Zeit stattfand.

Als Mitglieder der Reichsakademie waren Körperschaften und nicht einzelne Gelehrte vorgesehen. Den Grundstock sollten die Akademien bilden. Zusätzlich beabsichtigte der Reichswissenschaftsminister, 30 bis 40 neue Gesellschaften der Wissenschaften zu gründen – „an jedem Ort, wo sich eine Universität oder Technische Hochschule befindet“ und noch keine Akademie existierte. Die Mitglieder der neuen Gesellschaften sollten „grundsätzlich dem Kreis der Hochschullehrer entnommen werden“ – Ausnahmen behielt sich der Minister vor.

Die Reichsakademie sollte die deutsche Wissenschaft nach innen und außen vertreten. Sie hatte (1) „hervorragende Einzelleistungen zu unterstützen“, (2) große „Gemeinschaftsarbeiten auf Gebieten zu veranstalten und zu pflegen, denen im nationalsozialistischen Staate besondere Bedeutung zukommt“, und (3) „die Verbindung der Wissenschaft mit dem Volke sowie das Verständnis des Volkes für Leistungen der Wissenschaft [zu] fördern.“

Die Verantwortung für die Erfüllung dieser Aufgaben lag beim Präsidenten. Zu seiner Unterstützung waren drei bis vier Vizepräsidenten, ein Generalsekretär und ein Rechtsbeirat vorgesehen: Präsident und Vizepräsidenten beabsichtigte der Reichserziehungsminister nach Anhörung der Reichsakademie zu ernennen, Generalsekretär und Rechtsbeirat als seine Sonderbeauftragten zu bestellen. Zur Beratung des Präsidenten in „wichtigen Angelegenheiten“ war ein „Kleiner Senat“ (= Hauptausschuss der Notgemeinschaft) vorgesehen. Im Kleinen Senat bemühten sich die alten Akademien um eine Monopolstellung. Als dies scheiterte und zusätzlich in den Entscheidungsgre-

46 Vgl. Protokoll der Sitzung, BAK R 73, Nr. 17.

mien die Parität von Natur- und Geisteswissenschaften gefährdet schien, sabotierten die Akademien die Gründung der Reichsakademie.

Neben dem Präsidenten sollte ein Großer Senat (= Hauptversammlung der Notgemeinschaft) bestehen, der jährlich mindestens einmal tagen sollte. „Er berät den Präsidenten, faßt die der Akademie zugewiesenen Beschlüsse und nimmt insbesondere die Wahlakte der Akademie vor.“ Maximal 75 Senatoren waren vorgesehen: 15 ex officio (die Führung der Reichsakademie, die sechs Präsidenten der alten Akademien und drei Vorsitzende der neuen Gesellschaften), 60 weitere beabsichtigte der Reichsminister nach Anhörung des Präsidenten zu berufen (anfangs nur Mitglieder von Akademien und neuen Gesellschaften, in späteren Entwürfen auch ausdrücklich nicht nur aus diesem Kreis). In der so vom Reichserziehungsministerium zusammengestellten quasi Hauptversammlung konnte damit z. B. auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Körperschaft untergebracht werden; die Universitäten und Technischen Hochschulen waren es ohnehin, denn ihre Rektoren mussten ab sofort „von Rechts wegen ordentliche Mitglieder“ der örtlichen Akademie oder Gesellschaft werden.

Die Förderschwerpunkte und die möglichen Gemeinschaftsaufgaben sollten in den vier Abteilungen der Reichsakademie – denen die Vizepräsidenten vorstanden – bestimmt werden:

- Philosophisch-Historische Abteilung
- Biologisch-Medizinische Abteilung
- Mathematisch-Physikalische Abteilung
- Abteilung für Technik

Alle Mitglieder der alten Akademien und der neuen Gesellschaften waren „verpflichtet“, bei Bedarf in der für sie zuständigen Abteilung, die wiederum *Kommissionen* einrichten konnte, mitzuarbeiten. Sie durften sich dann „Mitglied der Reichsakademie“ nennen, und bei aktiver Mitarbeit sollten sie eine Aufwandsentschädigung erhalten. Dass es in der neuen Einrichtung mehr um Arbeit als um Repräsentation gehen sollte, verdeutlicht folgende Festlegung der Satzung: Zu ernennende Mitglieder müssen „angesehene Gelehrte sein, und zwar nicht nur solche, die bereits ein an wissenschaftlichen Erfolgen reiches Leben hinter sich haben; vielmehr sollen sie in der Regel im besten Mannesalter auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit stehen und sich dafür ausgewiesen haben“.⁴⁷

47 Alle Zitate aus den Satzungsentwürfen für die Reichsakademie. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, Nr. 12-14 und BA/Berlin, R 21, 10999.

Was kann die Männer im Reichserziehungsministerium und ihre Vorposten in der Preußischen Akademie bewogen haben, zu glauben, es sei mit dieser Reichsakademie der Wissenschaften möglich, die „seit langem eingeleitete Entwicklung zum Abschluss zu bringen“?⁴⁸ Sie hatten ja längst die Vergabe der Fördermittel über die Deutsche Forschungsgemeinschaft in ihren Händen (1936), der Reichsforschungsrat unterstand dem Reichserziehungsministerium (1937), ihr Einfluss auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war nach dem Wechsel des Präsidenten und des Generaldirektors gestiegen (1936), und alle Akademien waren bereits gleichgeschaltet (1937–39). Es gab 1940/41 mehrere Gründe, trotzdem zu handeln und eine Art höchste Instanz der Wissenschaft in Angriff zu nehmen:

1. Anfang 1940 drohte der 1935 begonnene Versuch, die Universitäten und Hochschulen unter die Kontrolle des Reichserziehungsministeriums zu bringen, endgültig an deren Widerstand und am Taktieren der territorialen Partei- und Landesfürsten zu scheitern.⁴⁹ Neue wissenschaftlichen Gesellschaften an jedem Hochschulort boten beste Möglichkeiten, über ein zusätzliches Netzwerk auf einer Ebene über der Universität trotzdem Einfluss zu nehmen (= unmittelbare, erlebbare Forschungsförderung vor Ort).
2. Durch die schnellen Kriegserfolge wurde das Problem der Neuordnung der Wissenschaftsbeziehungen zum besetzten Ausland und zu dort ansässigen internationalen Wissenschaftsorganisationen akut. Wollte das Reichserziehungsministerium hier Einfluss nehmen, brauchte es eine einigermaßen vorzeigbare Wissenschaftsinstitution, die die notwendigen Erfahrungsträger versammelte.
3. Eine überwiegend passive Forschungsförderung (Entscheidung über gestellte Anträge) war – auch wenn die Wissenschaftsverwaltung großzügig Mittel bereit stellen konnte – nicht ausreichend. Die unüberhörbare Kritik an der Arbeit des Reichsforschungsrates zeigte dies immer deutlicher. Konkurrierende Einrichtungen von Staat und Partei gab es zudem genug. Wollte das Ministerium die Zuständigkeit für die Forschungsförderung behalten, die es durch die Übernahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft und die Gründung des Reichsforschungsrates an sich gerissen hatte, brauchte es eine Institution, die in der Lage war, eine aktive Forschungsförderung zu betreiben. Das Modell der alten Notgemeinschaft bot sich

48 Theodor Vahlen, Telegramm an Rust, 27.08.1940, Vgl. Anm. 41.

49 Hammerstein, Deutsche Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 35), S. 235–247.

dafür geradezu an. Die ohnehin nie genau definierte und oft inflationär gebrauchte Bezeichnung „Akademie“ diene lediglich der Reputation.⁵⁰

In den Anmerkungen nicht genannte Literatur

Hartkopf, Werner: Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Ihre Mitglieder und Preisträger 1700-1990. Berlin 1992.

Nötzoldt, Peter: Zur Etablierung der Schwerpunktförderung Mitte der 1920er Jahre. In: Jahrbuch der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften für 2002. Berlin 2003, S. 288-294.

Scheler, Werner: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000.

50 Zum Akademiebegriff vgl. Conrad Grau: Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg. Leipzig, Thun, Frankfurt/Main 1988, S. 10-16.